

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Markus Tressel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Uwe Kekeritz, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dorothea Steiner, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimabilanz im Ackerbau verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weder Wirtschafts- und Schuldenkrise noch das Scheitern der Klimaverhandlungen in Kopenhagen entlassen Deutschland und die Europäische Union aus ihrer Verantwortung, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen und damit die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern.

Die klimarelevanten Emissionen müssen bis 2050 um mindestens 90 Prozent gemindert werden, dazu muss jede Branche ihren Beitrag leisten.

Angesichts der globalen Klimakatastrophe und der Endlichkeit fossiler Energieträger müssen wir den Übergang von der erdölabhängigen zu einer auf Sonnenenergie gestützten Landwirtschaft einleiten. Das bedeutet kurz- und mittelfristig die Reduktion von Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft. Langfristig erfordert dies den grundlegenden Umbau der Landwirtschaft zu einer vom Erdöl unabhängigen Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren Energien und der effizienten Nutzung der Sonnenenergie beruht. Hierfür bedarf es einer grundlegenden Wende in der Agrarpolitik.

Der Landwirtschaft unter dem Deckmantel der Ernährungssicherung und der notwendigen Erzeugung nachwachsender Rohstoffe einen Freibrief zu erteilen, ihre Treibhausgasemissionen zu erhöhen – wie es in den Schlussfolgerungen des Berliner Agrarministertreffens 2010 unter Schirmherrschaft der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, passiert ist – ist inakzeptabel. Gerade die Betriebsformen, die die größten Probleme für den Klimaschutz hervorrufen, wie die industrielle, auf Importfuttermittel basierende Massentierhaltung oder ein bodendegradierender, allein auf Produktivitätssteigerung ausgerichteter Ackerbau, tragen in keiner Weise zur Linderung der weltweiten Hungerproblematik bei, sondern verschärfen sie.

Die Landwirtschaft in Afrika und Asien hat schon heute erheblich unter den Folgen des Klimawandels zu leiden. Die Weltbank prognostiziert einen Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge in Entwicklungsländern von bis zu 21 Prozent bis 2080, wenn dem Klimawandel nicht entschieden entgegengetreten wird. Engagierter Klimaschutz und die Unterstützung der Anpassung insbesondere

kleinbäuerlicher Strukturen an die Folgen des Klimawandels sind unverzichtbare Bausteine im Kampf für Ernährungssicherheit weltweit.

Der 4. Sachstandsbericht des IPCC von 2007 ordnet der Landwirtschaft 10 bis 12 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen zu. Dabei berücksichtigt er weder die Emissionen, die durch eine Veränderung der Landnutzung wie Entwaldung, Grünlandumbruch oder Entwässerung von Mooren freigesetzt werden, noch die Emissionen, die bei der sehr energieintensiven Produktion von mineralischen Stickstoffdüngern entstehen. Berechnet man diese mit ein, entfällt ein Anteil von bis zu 32 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft.

Für Deutschland schätzt die Bundesregierung unter Einbeziehung aller von der Landwirtschaft verursachten Emissionen einen Wert von 11 bis 15 Prozent. Vor allem bei Lachgas (N_2O) und Methan (CH_4), zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhauspotential als Kohlendioxid (CO_2), gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Aber auch am CO_2 -Ausstoß hat sie durch ihren Energieverbrauch einen relevanten Anteil. Es ist daher dringend notwendig, dass die Landwirtschaft in die Klimaschutzpolitik und die vereinbarten Reduktionsziele einbezogen wird.

Die Landwirtschaft spielt allerdings nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel. Gleichzeitig hat sie ein großes Potenzial, der Atmosphäre CO_2 zu entziehen und dieses als Kohlenstoff in Pflanzen oder in der Humusschicht des Bodens zu binden. Dies muss besser genutzt werden als bisher.

Die Landwirtschaft wird zwingend als CO_2 -Senke gebraucht, um die CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre langfristig unter den kritischen Stand von heute zu senken. Dabei ist die pfluglose Bodenbearbeitung nur dann ein geeignetes Instrument, wenn sie nicht mit einem erhöhten Pestizideinsatz oder anderen umweltschädlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen verbunden wird.

Im Bereich des Ackerbaus ist die Überdüngung eine der wesentlichen Quellen klimaschädlicher Emissionen. Je höher der flächenbezogene Stickstoffsaldo durch die Düngung mit Stickstoffdüngern ist desto mehr Lachgas wird emittiert. Und auch bei den agrarischen Kohlendioxid-Emissionen schlägt die Energie aufwändige Herstellung von Mineraldüngern deutlich zu Buche. Denn für die Produktion von einer Tonne Stickstoffdünger wird etwa eine Tonne Erdöl benötigt. Laut den Ergebnissen des europäischen Forschungsprojekts CarboEurope zeigt Deutschland im europäischen Vergleich die höchsten Lachgasemissionen aber auch den höchsten Düngemittelverbrauch. Dabei liegt die Effizienz des Stickstoffeinsatzes in Deutschland bei nicht einmal 50 Prozent. Hier sind umfassende Verbesserungen nötig und möglich.

Eine weitere wichtige Emissionsquelle ist die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden. Sie ist für 30 Prozent der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich, obwohl Moorböden nur knapp 8 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmachen.

Durch die Absenkung des Grundwasserstandes und die Bearbeitung der Böden wird Torf mineralisiert. Dies führt zu einer Freisetzung von Lachgas und CO_2 . Die ackerbauliche Nutzung dieser Standorte beschleunigt den Abbau der organischen Substanz und ist damit die klimaschädlichste Variante. Sie führt zu Treibhausgasemissionen von etwa 40 Tonnen CO_2 -Äquivalenten pro Hektar. Durch die nach dem gleichen Wirkprinzip erfolgende Mineralisierung von organischer Substanz nach Umbruch von Dauergrünland werden etwa 10 Tonnen CO_2 -Äquivalente pro Hektar und Jahr freigesetzt. Dauergrünland muss deshalb besser als bisher geschützt werden.

Die Klimabilanz des ökologischen Landbaus ist deutlich besser als die der konventionellen Landwirtschaft. Dies belegt eine Vielzahl von Studien. Ursachen

sind die signifikant niedrigeren Lachgas-Emissionen sowie der bessere Humusaufbau. Dieses Potenzial wird von der Bundesregierung weder ausreichend gewürdigt noch genutzt.

Auch sonst ergreift die Bundesregierung keine Maßnahmen, um den Ackerbau in den Klimaschutz einzubinden. Obwohl im Rahmen des sogenannten Health Checks in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik neue Finanzmittel für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt wurden, hat sie bis heute keine neuen Fördermaßnahmen zur Ausreichung der Mittel in diesem Sinne entwickelt. Stattdessen gewährt sie der Landwirtschaft trotz der desaströsen Haushaltslage weiterhin klimaschädliche Subventionen wie die unbeschränkte Agrardiesel-Steuerbegünstigung und belohnt so den Energieverbrauch, statt Energieeffizienz und die Umstellung auf Biokraftstofftechnologien zu fördern. Mit den steuerfreien Pflanzenöltreibstoffen steht den Landwirten nach der Umrüstung der Traktoren eine Alternative zur Verfügung, die sie von volatilen Erdölpreisen unabhängig macht und die regionale Wertschöpfung stärkt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Düngeverordnung im Sinne des Klimaschutzes zu überarbeiten. Die gemäß der Düngeverordnung zulässigen Stickstoffüberschüsse müssen in einem ersten Schritt auf 50 kg/ha abgesenkt werden. Zudem muss die Verordnung um weitere technische Vorgaben und Anwendungsvorschriften zur Vermeidung gasförmiger Verluste bei der Ausbringung von Düngern ergänzt und mit wirksamen Sanktionsinstrumenten versehen werden;
- zur weiteren Optimierung des Stickstoffeinsatzes in der Landwirtschaft auf nationaler Ebene eine Stickstoffüberschussabgabe einzuführen und sich auf europäischer Ebene für die EU-weite Einführung einer solchen einzusetzen;
- die Einnahmen aus dieser Stickstoffüberschussabgabe für ein Beratungsangebot zur Optimierung der Stickstoffdüngung und für die Förderung klimafreundlicher Bewirtschaftungsformen einzusetzen;
- die Klimaleistungen des ökologischen Landbaus anzuerkennen und die Ausweitung des Ökolandbaus durch geeignete Maßnahmen voranzutreiben. Dazu gehören z. B. die Stärkung der Ökolandbauförderung im Rahmen der GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz), die Etablierung des Bundesprogramm Ökolandbaus als dauerhaftes Forschungsprogramm sowie die Unterstützung der Züchtung von an den Ökolandbau angepassten Sorten und Rassen;
- im Rahmen der GAK geeignete Programme für die Förderung Klima schonender Bewirtschaftungsformen aufzulegen, wie Maßnahmen zur Fruchtartendiversifizierung, zum Leguminosenanbau, zum Zwischenfruchtanbau oder zur Festmistwirtschaft, und diesen Programmen eine Förderpriorität einzuräumen;
- im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms Sonderfördertatbestände für den ökologischen Landbau, den Klimaschutz und für Maßnahmen zur Förderung der Erdölunabhängigkeit der Landwirtschaft einzuführen und die Investitionsförderung für klimaschädliche Investitionen z. B. zur Expansion der Tierhaltung einzustellen;
- eine Umsetzungsstrategie zur Wiedervernässung von Moorstandorten, zur Umwandlung ackerbaulich genutzter Moorstandorte in extensives Grünland und zur wirksamen Vermeidung des Umbruchs von Dauergrünland zu entwickeln und geeignete Förderprogramme aufzulegen;
- in der Agrarressortforschung und der Agrarforschungsförderung einen besonderen Schwerpunkt auf den Aspekt des Klimaschutzes in der Landwirt-

schaft sowohl hinsichtlich der Emissionsvermeidung als auch in Bezug auf Anpassung, CO₂-Bindung und Energieeffizienz landwirtschaftlicher Verfahren zu legen;

- klimaschädliche Subventionen an die Landwirtschaft wie die Agrardiesel-Steuerbegünstigung, die Befreiung von der Kfz-Steuer sowie die Strom- und Energiesteuerermäßigung schrittweise aufzuheben und im Gegenzug Förderprogramme zur Umrüstung von Traktoren und zur Verbesserung der Energieeffizienz im Land- und Gartenbau aufzulegen.

Berlin, den 6. Juli 2010

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion